

## Armut bekämpfen, nicht die Armen!

**Armut** ist kein Phänomen der sogenannten „3.Welt“, sondern entgegen der Lügen der etablierten Politik in Europa, in Österreich massiv vorhanden und steigt. Von den Herrschenden wird das geleugnet, und verstärkt auf ein Verstecken von Armut und Repression gegen Arme gesetzt. Wir nennen die Ursachen und Möglichkeiten für deren Beseitigung. **Seite 2**

## Russland: LGBT-Rechte verteidigen!

**Homophobie und Sexismus** sind Instrumente, die ArbeiterInnen zu spalten, dass sie sich nicht gegen das herrschende 1% verbünden. CWI Aktivistin Zhenya Otto hat bei der TV-Talkshow „Duell“ vor 3 Millionen Menschen darüber gesprochen, dass der Kampf für LGBT-Rechte Teil des Kampfes aller Unterdrückten gegen den Kapitalismus ist. **Seite 12**

## Schwerpunkt

**Griechenland** ist das Zentrum der Wirtschaftskrise in Europa. In Griechenland gibt es aber auch Generalstreiks und Betriebsbesetzungen. Es ist eine neue Qualität..

**Seiten 7-10**



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-  
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

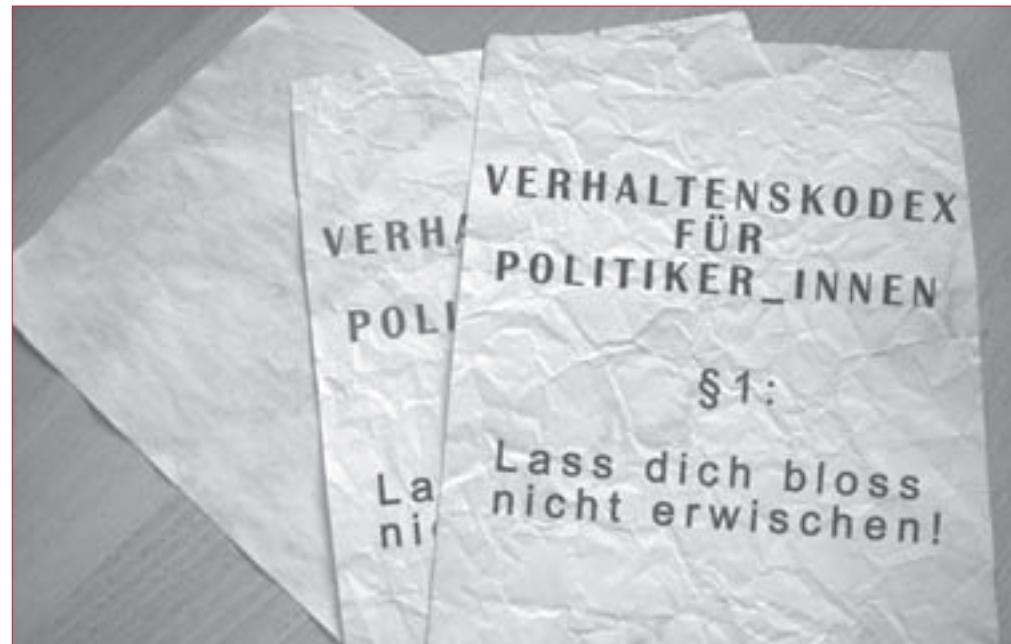
Nr. 207 | 04.2012

# Es reicht!

Die ÖVP versinkt immer tiefer im Korruptionsumpf, SPÖ und Grüne verordnen uns Nulldollarrunden, das BZÖ versucht mit Medien-Aktionismus vom Dreck am eigenen Stecken abzulenken und die FPÖ ergeht sich in kruden Kampusch-Ver schwörungstheorien. Die Liste der Geld-Nehmer von Telekom-Schmiergeldern wird immer länger. Es gibt Schätzungen, dass 2012 dem Staat 27 Mrd. Euro durch Korruption entgehen. Das ist der Umfang des Kürzungspakets!

Dieses hat bisher noch keinen lauten Aufschrei produziert. Denn die De-

ger als 1/4 der Bevölkerung meint, wenig oder nicht betroffen zu sein. Selbst bei den ÖVP-WählerInnen hält es nur 1/3 für „ausgewogen“. Je mehr Details bekannt werden, um so größer wird der Unmut. Kommunale Bauprojekte (Wohnungen, Kindergärten) werden um 20% teurer. Der Bund wird keine Lehrlinge mehr übernehmen. Bei Projekten zum Schutz von Gewaltopfern wird gestrichen. Studiengebühren sollen kommen. Bei Löhnen wird gekürzt. Bei Sozialem, Gesundheit, Pensionen und Bildung auch. Und gleichzeitig stecken sich die Politici-



Fotomontage: Copyright Alex Swoid!

## Der Unmut wächst zu Recht – nun braucht es Widerstand!

tails sind noch unklar und Medien und Politik trommeln, dass es notwendig und eh nicht schlimm sei. Die SLP war die erste Organisation, die öffentlich dagegen protestiert hat. Doch langsam regt sich Unmut. Wenig-

kerInnen unser Geld in die Tasche und können den Hals nicht vollkriegen!

**Der Unmut wächst.** Noch hat diese Wut keinen Weg gefunden, sich auszudrücken. Die großen Proteste von v. a. Jugendli-

chen gegen Acta waren so ein Ventil gegen das Establishment. Die – viel zu zahmen – Gewerkschaftsdemonstrationen bei Kollektivvertragsverhandlungen wurden von vielen genutzt, um dem Unmut Luft zu machen. Doch es braucht mehr.

**Die Gewerkschaft** hat bisher kläglich versagt. Statt Widerstand gegen die An-

griffe zu organisieren, stimmt sie ihnen zu! Wir stehen gerade erst am Anfang von Protesten gegen die Regierungsangriffe. Viele und kämpferische Proteste werden noch kommen, werden kommen müssen! Viele davon wohl auch an der lahmen Gewerkschaftsführung vorbei.

**Sonja Grusch**

### Die SLP fordert:

- Widerstand gegen das Kürzungspaket auf allen Ebenen!
- Es ist nicht unsere Krise – Holen wir uns das Geld bei den Reichen!
- Für kämpferische Gewerkschaften und eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche!



**von Sonja Grusch** 51 % wollen nach der nächsten Wahl keine SPÖ-ÖVP-Regierung, 62 % wollen nicht, dass die FPÖ in der Regierung ist, beim BZÖ sind es 75 %. Dreier-Kombinationen mit den Grünen sind ebenfalls unbeliebt. Bei einer Umfrage zum Jahresanfang lagen alle Parteispitzen bei unter 20% bei der „Kanzlerfrage“. Der amtierende Kanzler Faymann lag an der Spitze mit 19% gleichauf mit „jemand anderer“. Verwunderlich ist diese Ablehnung nicht, angesichts von Korruptionsskandalen, Inkompotenz und Abgehobenheit. Dass sie überhaupt noch in Amt und Würden sind, ist wegen einer scheinbaren Alternativlosigkeit. Die Auswahl an

## Mächtig, obwohl sie keiner mag...

politischen Alternativen ist tatsächlich eine sehr enge, unterscheiden sich doch die etablierten Parteien immer weniger. Zudem ist auch die Lüge entzaubert, dass die Führung aufgrund ihrer Fähigkeiten in ihren (hochbezahlten) Positionen in Politik und Wirtschaft wäre. Sie sind ganz normale Menschen und machen jede Menge Fehler. Firmenbankrotte, Massenentlassungen, Armut und unsoziale Politik machen das sehr deutlich. Was also ist die „Leistung“ dieser Elite? Was ist ihre Existenzberechtigung?

Offensichtlich keine, als in dem nichtfunktionierenden Werk weiter herumzupfuschen. Warum lassen wir sie das machen? Weil wir gelernt haben „das ist halt so“. Oder als Lösung bestenfalls angeboten wurde, einen Teil der Elite durch einen anderen zu ersetzen. Wenn über 2/3 aller Firmenpleiten auf Fehler des Managements zurückzuführen sind – warum sollen die Beschäftigten des Betriebes das nicht mindestens genauso gut können?! Wenn hochbezahlte PolitikerInnen immer wieder in den Futtertrog greifen, um sich zu bereichern, und doch nur Politik im Interesse ihrer eigenen sozialen (=wohlhabenden) Gruppe machen – wozu brauchen wir sie dann und ersetzen dieses System nicht lieber durch eines, wo wir tatsächlich gemeinsam und demokratisch entscheiden!?

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),  
Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien, | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

## Arbeit schützt vor Armut nicht: 'Working Poor' ist System

**Arbeit wird** oft überhaupt nicht oder extrem schlecht bezahlt. Die größte Gruppe der Einkommensarmen (38%) ist arm trotz Job. Mit dem Sparpaket erfolgen weitere Angriffe, öffentliche Dienstgeber beteiligen sich daran durch prekäre, befristete Dienstverhältnisse, Aufnahmestopps, Privatisierungen und Ausgliederungen. Hinzu kommt noch die unentgeltliche Arbeit von pflegenden Angehörigen, in der Kinderbe-

treuung, im Haushalt und niedrigst bezahlte prekäre Beschäftigungen und Teilzeitarbeit. Sie sind die größte Ursache der Armut in Österreich.

**Nicht faul** Armutsbetroffene sind also keineswegs „faul“ oder „selbst schuld“, sondern im Gegenteil: Ihre Arbeit schafft Profite – für andere. Deshalb müssen Gewerkschaften endlich Kampfmaßnahmen gegen Lohndruck und Prekarisierung setzen.



## „Bei uns verhungert niemand...

**Armut** ist nicht gleich Hunger. Armut bedeutet Ausschluss von der Gesellschaft und existiert in beträchtlichem Ausmaß in

wogene und ausreichende Nahrung. Die „Mindestsicherung“ brachte Repressionen gegen Arme, und das aktuelle Sparpaket be-

wird signalisiert, wenn sie gut im Interesse von Unternehmen und Regierung funktionieren, drohe ihnen keine Armut. Mit die-

## ...und wer will, findet Arbeit.“ Leugnen von Armut und Abwälzen der Schuld auf Betroffene ist beliebt.

Österreich. Armut bedeutet, viel weniger als der Großteil der Bevölkerung zu haben. Und selbst das ist schon wenig, da den Löwenanteil an Vermögen und Einkommen eine kleine Elite hat. Armut bedeutet Frieren in der Wohnung, nötige Reparaturen nicht durchführen können, notwendige Arztbesuche unterlassen müssen, kein Geld für soziale Kontakte, für die Miete, für Kleidung sowie ausge-

deutet weitere Verschlechterungen. Die Streichung von Ermessensausgaben betrifft Förderungen von sozialen Einrichtungen, das letzte, ohnehin notdürftige Netz für Arme. Die etablierte Politik redet uns ein, Armut gäbe es in Österreich nicht, und wenn doch, seien die Betroffenen selbst schuld. Damit sollen diejenigen, die von Arbeit oder Sozialleistung abhängig sind, gespalten werden. Denen, die noch arm sind,

sen Lügen soll Solidarisierung und gemeinsamer Widerstand gegen Lohndruck und Sozialabbau verhindert werden. Doch genau das ist nötig, organisierter Kampf gegen die Schere zwischen Arm und Reich und für eine Gesellschaft, in der es um Menschen statt um Profite geht. In einer solchen Gesellschaft gibt es keine Armut, Armut ist ein Symptom des Kapitalismus.

Helga Schröder



## Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Bettelverbot

**Ja, das Betteln** gehört abgeschafft! Und zwar durch gutbezahlte Arbeit und ein funktionierendes Sozialsystem. Das Geld dafür ist da. Arbeitslosigkeit, Armut und Rassismus zwingen europaweit immer mehr Menschen zum Betteln. Diese Ursachen sind abzuschaffen. In Salzburg und Tirol gibt es ein generelles Bettelverbot, in anderen Bundesländern sind verschiedene Formen wie „aggressives“ oder „gewerbsmäßiges“ Betteln

oder das Betteln mit Kindern verboten. Die Ärmsten werden unter vorgesetzten Argumenten wie Kinderschutz bestraft und die Problematik verschärft. Wer Kinderschutz ernst meint, der muss allen Kindern und ihren Familien Zugang zu Wohnung, Essen, Sozialleistungen und gutbezahlter Arbeit geben. Betteln ist abzuschaffen – durch volle soziale Rechte für alle hier lebenden Menschen.



## Wien ist anders? Stimmt nicht!

**Privatisierung**, Teilprivatisierung, Auslagerung – das sind längst keine Fremdwörter mehr, wenn es um die Beschreibung des Wie-

schon längst großgeschrieben wird. Die Auswirkungen sind zum Teil katastrophal, vor allem für die Beschäftigten. Das Spektrum

nigung und auch die Zentralsterilisation (zentrale Instrumentenreinigung). Weiters soll es zur Privatisierung der Entwicklungs-

der Beschäftigten in den dann profitorientiert oder zumindest kostenbremzend arbeitenden Firmen in Kauf.

## Ausgliederungen im Wiener Gesundheitsbereich gehen weiter und hinterlassen Löcher in der Versorgung.

ner Gesundheitswesens geht. Es existieren bereits mehr als 200 Unternehmen, Fonds, Vereine oder auch BetriebsGmbHs in der ganzen Stadt, viele davon im Gesundheitsbereich. Z.B die Dialyse GmbH, der Fond Soziales Wien oder der Verein Wiener Sozialdienste. Das Konzept der Stadt Wien dabei ist, Rand- und Teilbereiche auszugliedern, damit es nicht auffällt, dass Privatisierung im „roten Wien“

reicht von Änderung der Arbeitsverträge, steigendem Arbeitsdruck, unbezahlten Überstunden bis hin zu Kündigungen. Beim Reinigungsdienst im SMZ-Ost werden z.B. frei werdende Stellen seit Monaten nicht nachbesetzt, was zu einem erhöhten Arbeitsspensum für die noch verbleibenden MitarbeiterInnen führt. V.a. in den Spitäler sind jetzt weitere Fremdvergaben geplant, z.B. die Küchen, die Rei-

diagnostik kommen. In der Vergangenheit kam es bei den Fremdvergaben auch immer wieder zu Unstimmigkeiten. Statt einer öffentlichen Ausschreibung gab es Absprachen mit Firmen, bestes Beispiel das AKH. Die rosa-grüne Wiener Stadtregierung erhofft sich so Einsparungen. Die politisch Verantwortlichen nehmen dafür Verschlechterungen bei der Versorgung der PatientInnen und den Arbeitsbedingungen

**Wir fordern** die Rücknahme der Ausgliederungen in allen Bereichen! Eine umfassende Versorgung im Krankheitsfall kann nur gewährleistet werden, wenn sie in öffentlicher Hand ist und keinen Gewinn abwerfen muss. D.h. für uns auch, dass die Betroffenen – PatientInnen und Beschäftigte – mitbestimmen können, wie das Gesundheitswesen aussehen muss, damit alle ausreichend versorgt sind.

**Margarita Döller**

## Armut in Österreich

### Was ist „manifeste Armut“?

Einschränkung bei:

- Heizen der Wohnung
- Regelmäßige Zahlungen wie die Miete in den letzten 12 Monaten rechtzeitig begleichen
- Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch nehmen
- Unerwartete Ausgaben bis zu 900€ finanzieren
- Neue Kleidung zu kaufen

Das betrifft 511.000 Menschen in Österreich.

### Substandard in Österreich

50.000 Menschen in Österreich haben weder Bad noch Dusche in der Wohnung (2010). Der Anteil der Menschen, die kein WC für den Eigengebrauch haben, ist 2006-10 von 0,9 auf 1,2% gestiegen! Vergleichbare Länder wie Dänemark, Schweden oder die Niederlande haben einen Wert von „0%“ und Österreich liegt hinter Tschechien und gleich auf mit der Slowakei im „Ranking“.

### Mindestsicherung reicht nicht

Laut EU-Berechnungen ist man armutsgefährdet, wenn man weniger als 1.031 Euro zur Verfügung hat. Zum Vergleich: Die BMS („Mindestsicherung“) 2012 für alleinstehende Person beträgt 773 Euro. Die Mindestsicherung beträgt damit rund 250 Euro weniger – damit schnappt die Armutsfalle zu.

Quelle: Der Standard. 12.4.11, [www.caritas.at](http://www.caritas.at)

### Kinder in Armut

In Wien sind lt. der EU-SILC Erhebung der Statistik Austria 91.000 Kinder und Jugendliche arm oder armutsgefährdet. Das bedeutet, sie leben in Haushalten, die akut von Armut betroffen oder bedroht sind, in Armut zu rutschen. Das betrifft 24% aller in Wien lebenden Kinder und Jugendlichen. Und Armut wird durch das österreichische Bildungssystem vererbt.

### Der rechte Rand

#### Angriff auf Antifaschisten

Am 12.3. kam es in Wien zu einem Nazi-Übergriff. Nach einem Wortwechsel wurde ein SLP-Mitglied in der U6 angespuckt, geschlagen und mit dem Tod bedroht. Der Nazi zückte ein Messer und hatte einen Kampfhund dabei. Der SLPler musste sich im Krankenhaus behandeln lassen. Immer wieder kommt es in Wien zu solchen Attacken. Nicht nur linke AktivistInnen sind dieser Gefahr ständig ausgesetzt.

Die SLP organisierte als Antwort eine Kundgebung am Handelskai und verteilte Flugblätter gegen rechte Gewalt, wobei sich auch andere Betroffene meldeten. Auch Anzeige wurde erstattet. Wir bleiben aktiv gegen Rechts und lassen uns nicht einschüchtern!

#### Gericht lässt NVP-Kader davon kommen

Robert Faller und Stephan Ruprechtsberger waren bis vor Kurzem führende Mitglieder der „Nationalen VolksPartei (NVP)“. Sie standen wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz in Linz vor Gericht. Die Partei orientierte sich in ihrem Programm an SS-Schriften und greift in ihrer Symbolik auf die NSDAP zurück. Die Wiener Staatsanwaltschaft fand das noch 2010 „unbedenklich“. Die NVP kaschiert ihre Abgleitflächen zum Faschismus nur schlecht.

Das Linzer Gericht sprach die beiden Kader nun zwar schuldig, setzte die Haftstrafe aber zur Bewährung aus. Beide zeigten keine Reue und stritten die Vorwürfe dreist ab. Sie werden ihre rechte Hetze wie gehabt fortsetzen.

Es hat sich wieder einmal klar gezeigt: Im Kampf gegen Rechts ist auf den bürgerlichen Staat kein Verlass!

Am 11.04.1893 lehnte das belgische Parlament einen Gesetzesvorschlag zur Ausweitung des Wahlrechts ab. Seit 1886 war die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht mit Streiks um Lohnerhöhungen verschmolzen. In der österreichischen Sozialdemokratie führte Belgien zu Pessimismus bezüglich des Wahlrechts.

Mit der Ablehnung wurde in Belgien aber eine spontane Streikbewegung losgetreten. 250 000 ArbeiterInnen streikten für das allgemeine Wahlrecht. Binnen weniger Tage drohte es zur offenen Revolte zu kommen. Bereits am 18.04. wurde der abgelehnte Gesetzesvorschlag vom Parlament

### Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

eiligst angenommen. Ein großer Schritt Richtung allgemeines Wahlrecht. Für Rosa Luxemburg war das ein Beispiel dafür, dass die Teilung von Streiks in Massen-, Teil-, politische, Lohn- oder Zwangsstreiks eine künstliche ist. Er zeigte, wie wichtig Streiks als Kampfmittel zur Durchsetzung der Rechte von Beschäftigten sind. Die ÖGB Führung verzichtet bewusst auf Streiks. Sie sitzen lieber mit den UnternehmerInnen bei Verhandlungen zu Tisch. Was dabei rauskommt, zeigen Sparpaket und fehlende Gegenwehr des ÖGB!

Dabei hatte der belgische Streik auch damals große Auswirkungen für Österreich. Mit der Annahme ging ein Ruck durch die proletarische Wahlrechtsbewegung. Aus der ursprünglichen Resignation wurde Mut für den Kampf. Diesen Mut brauchen wir auch heute wieder, wenn es darum geht, die politischen und wirtschaftlichen Angriffe auf unsere Rechte zurückzuschlagen. **Albert Kropf**



## Leiharbeit: Der große Betrug

**LeiharbeiterInnen** sind flexibel einsetzbar, erpressbar und billig. Die Bezahlung wird als Sachaufwand gerechnet und

werden. Glaubt man der offiziellen Unternehmerpropaganda, dann sollten LeiharbeiterInnen eigentlich in dieser Zeit - bei auf-

nis einvernehmlich gelöst wird", berichtet Franz, ehemaliger Leiharbeiter. Ist ein Arbeitseinsatz erledigt, wartet man dann

senraum aufhalten. Franz erklärt: „Betriebsräte von Übernehmerfirmen sollen sich gut um die LeasingarbeiterInnen kümmern und die Unterschiede zur Stammbelegschaft möglichst überwinden, dann werden sich diese auch engagiert an Arbeitskämpfen beteiligen.“

Es ist zu befürchten, dass die EU-Richtlinie, auf die die Gewerkschaft setzt und die gleichen Lohn für gleiche Arbeit bringen soll, ebenso umgangen werden wird. Eine volle rechtliche Gleichstellung mit den Fixbeschäftigten wird nur durch den entschlossenen und gemeinsamen Kampf von LeasingarbeiterInnen und Stammbelegschaft erreicht werden können!

**Michael Gehmacher**

### Die 60.000 LeiharbeiterInnen sind für die Unternehmen ein gutes Geschäft. Nur für sie.

meist komplett von der Steuer abgesetzt. Doch wie schaut das Leben der LeiharbeiterInnen aus? Sie werden oft gekündigt und ausgetauscht - einfach, um die anderen unter Druck zu setzen. Manche werden mit einem Versprechen auf eine Fixeinstellung „motiviert“ und warten dann jahrelang. In der Krise sind die LeiharbeiterInnen meist die ersten, die „abgebaut“

rechtem Dienstverhältnis - auf ihren nächsten Arbeitseinsatz warten. Die Bezahlung dieser „Stehzeiten“ ist in einem eigenen LeiharbeiterInnen-KV geregelt. Aber die Realität sieht oft anders aus: „In vielen Leasingfirmen ist es üblich, dass schon im zu unterschreibenden Dienstvertrag drinnen steht, dass im Falle einer schlechten Wirtschaftslage das Dienstverhäl-

ten in der Arbeitslosigkeit auf den nächsten Arbeitseinsatz.

Die Beziehung zur „Stammbelegschaft“ ist oft ein Problem. Die Spaltungspolitik des Unternehmens funktioniert auch deshalb, weil Betriebsräte und Gewerkschaft sie zulassen. So ist es keine Seltenheit, dass Fixbeschäftigte nicht wollen, dass sich LeiharbeiterInnen in „ihrem“ Pau-



## Austrian: Verdienen PilotInnen und FlugbegleiterInnen wirklich zuviel?

**Die Welt** der ORF-Nachrichten ist simpel: AUA braucht dringend Geld. PilotInnen verdienen „bis zu 15 000 Euro/Monat“. Lösung: Lohnkürzungen.

Eine Mischung aus Heuchelei und verdrehten Tatsachen! Ziel ist die gegenseitige Aufwiegelung verschiedener Gruppen von ArbeitnehmerInnen. Nur sehr wenige verdienen 15 000 Euro. Am Beginn liegt das PilotInnen-Einkommen brutto bei ca. 3 000 Euro. Wohl eine ungeeig-

nate Zahl für eine solche Lohndrücker-Kampagne. Warum fällt kein Wort über die ManagerInnen, die Millionen-Prämien und Hunderttausende pro Jahr für den Vorstandsvorsitzenden? Die Gehälter der PilotInnen sind nicht für die Krise verantwortlich, in der sich Flugbranche und AUA befinden.

Die besondere Verantwortung, die PilotInnen im Beruf tragen, setzt sich aus gewerkschaftlicher Sicht fort: In jedem Ar-

beitskampf muss es auch um die Verbesserung der Lage schlechter gestellter Beschäftigter gehen. Das eigentliche Privileg ist, aus einer relativ soliden Position heraus Solidarität zu zeigen. Auch über Branchengrenzen hinweg.

Lohnkürzungen bei PilotInnen werden zu keinem Cent mehr bei anderen KollegInnen führen! Es wäre lediglich der Auftritt für eine weitere Runde sozialer Rückschläge.

**Franz Neuhold**

## Steiermark: Widerstand gegen Sparpolitik geht weiter

Für den 23.3. rief die steirische „Plattform 25“ zu Protesten gegen das Sparpaket auf. Über 1000 Menschen demonstrierten in Graz. Die Zusammensetzung der Demo war ebenso vielfältig wie die Angriffe der Regierung – So demonstrierte ein Block aus Betroffenen aus Breitenau gegen die Schließung der dortigen Hauptschule. Traditionell stark protestierten aus dem Sozialbereich wieder BetreuerInnen und KlientInnen gegen Kürzungen im Sozialwesen. Auch wenn das steirische Sparpaket bereits durchgegangen ist: Ein Jahr nach Beginn der Bewegung ist immer noch Leben in der „Plattform 25“. Ob lokale Initiativen oder wütende Betroffene: Viele sehen in der Plattform nach wie vor eine Möglichkeit, ihrer Unzufriedenheit und ihrem Widerstand Ausdruck zu verleihen. Das Feld der in der Plattform Arbeitenden reicht über KPÖ & Grün-AktivistInnen weit hinaus. Die SLP war mit einem lautstarken Block an der Demo. Mit StudenInnen der FH, SchülerInnen und anderen Betroffenen skandierten wir: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“, was zum bestimmenden Slogan wurde. Im Rahmen der „Fight Back 2012“-Kampagne sammelten wir erfolgreich

Unterschriften gegen die Zustimmung des ÖGB zum Sparpaket. Auch das „Vorwärts“ war gefragt – Über 60 Zeitungen konnten verkauft werden.

**Obwohl MigrantInnen** aufgrund ihrer oft prekären sozialen Situation besonders vom Sparpaket betroffen sind, finden sie bis jetzt keine Repräsentation in der Plattform. Auch die Frage des Rassismus wird nicht offensiv angegangen – Dabei ist es dringend notwendig, pseudosozialen rechtspopulistischen Antworten der FPÖ oder nationalistischer Sekten den gemeinsamen Kampf aller Betroffenen, ob „In“ oder „Ausländer“, entgegenzustellen.

**Ein Schritt zum Ausbau** des Widerstands wäre die Verbindung von Aktionen auf der Straße und in Betrieben – Öffentliche Betriebsversammlungen sind ein gutes Mittel. Die Bundesregierung will im Rahmen des Sparpakets weitere 5,2 Milliarden in den Bundesländern kürzen. Das bedeutet, auch auf die Steiermark rollt eine weitere Angriffswelle zu. Beim Widerstand dagegen muss jedoch nicht bei Null begonnen werden – Die „Plattform 25“ kann und muss die treibende Kraft für erfolgreichen Widerstand in der Steiermark sein.



## Konzert für Kasachstan war großer Erfolg!

**Viele SLP-Mitglieder** sind auch gute MusikerInnen. Am 2.3. gings um finanzielle Unterstützung für die kasachische ArbeiterInnenbewegung. Seit dem Massaker der Sicherheitskräfte am 16.12.2011 in Zhanaozen ist die kasachische Gewerkschaftsbewegung und v. a. die GenossInnen des CWI in Kasachstan besonders drastischer Repression ausgesetzt. Daraus die musikalische Solidaritätsaktion der SLP mit Filmen und Erklärung

der Hintergründe. Sebastian Kugler, Laura Rafetseder (beide SLP-Bundesleitung) und Louis Romegoux (SLP-Kärnten) traten im Wiener Cafe Concerto auf. Über 50 Konzertgäste spendeten über 400 Euro und informierten sich am SLP-Infotisch. Ein gelungener Abend. Laura Rafetseder präsentierte übrigens am 31.5. in Graz als Support für die linke Musikkone Billy Bragg ihr neues Lied „Ballad of Zhanaozen“.



## Heucheleien zum Frauentag

**Dass der 8. März** seinen entagsfahne vor der SPÖ-Zentrale hissen, ist das zynisch. Daher überreichten wir dort „Urkunden für Frauenverarschung“.

Grünen beschließen in Oberösterreich Maßnahmen wie die Spitalsreform oder Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst mit

## SPÖ und Grüne erhalten die „Urkunde für Frauenverarschung“.

Anlass nehmen, um ihr vermeintliches Engagement für Frauen zu feiern, lässt das bitter aufstoßen. Denn wer das Sparpaket befürwortet hat, hat die Glaubwürdigkeit als FeministIn komplett verloren. Nulllohnrunden und Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst treffen Frauen besonders hart. Wenn SPÖ-Politikerinnen wie Laura Rudas und Sandra Frauenberger die Frau-

SPÖ-Frauenministerin Heinisch-Hosek erhielt die Urkunde einmal für ihr Amt als Staatssekretärin für den öffentlichen Dienst und einmal vor großem Publikum beim „Open House“ im Frauenministerium als Frauenministerin.

Eine Beschäftigte aus dem Sozialbereich hängte die Urkunde beim Frauenfrühstück der Grünen in Oberösterreich auf: „Die

und sind mitverantwortlich für die Verschlechterung der Lebenssituation von Frauen.“

Die Reaktionen: Sandra Frauenberger meinte, es ginge den Frauen in Wien „eh so gut“. Laura Rudas fand unsere Argumente einfach „politisches Blabla“. Heinisch-Hosek wusste nicht viel zu sagen. Als Frau fühle ich mich verarscht.

**Antonia Kreissl**

## Termin des Monats Befreiungsfeier in Mauthausen

Immer am 1. Sonntag nach dem Tag der Befreiung wird diese in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen begangen. Ehemalige Häftlinge und AntifaschistInnen aus aller Welt gedenken gemeinsam der Opfer. Wir demonstrieren gegen heutige Rechtsextreme und setzen die kämpferische Tradition des Antifaschismus fort.

Als aktive, antifaschistische Partei organisieren



wir auch dieses Jahr am 13. Mai einen Bus zur Befreiungsfeier.

**Infos und Anmeldung**  
unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

**Das neungängige** Dinner erster Klasse versprach standesgemäße Genüsse: Neben verschiedenen Hors d'oeuvres speiste man Filet Mignons Lili und gebratenes Täubchen auf Brunnenkresse, zuletzt Pfirsiche in Kräuterlikör-Gelee. Die feinen Damen und Herren saßen beim Digestif, als die „RMS Titanic“ am 14. April 1912 mit einem Eisberg kollidierte und zweieinhalb Stunden später sank.

Nicht nur, dass die „oberen Zehntausend“ besser speisten als die Passagiere der unteren Decks; sie wurden auch bei der Evakuierung bevorzugt. So konnte sich von den männlichen Passagieren der ers-

## Rote Seitenblicke

ten Klasse nahezu jeder Dritte retten (32%), unter der Besatzung waren es 22%, in der dritten Klasse 16% und in der zweiten gar nur acht Prozent. Die Nachrufe in den Zeitungen galten nicht den hunderten Toten unter der Mannschaft oder den namenlosen AuswandererInnen, sondern den glamourösen MilliardenInnen, Eisenbahn-magnaten, Stahlbaronen und Automobilherstellern, die die Jungfern-fahrt des schiffsgewor-denen kapitalistischen Größenwahns nicht überlebten.

Dazu passt, dass seit der Ortung und der Bergung erster Fundstücke in den 1980er-Jahren ein skurriler Rechtsstreit um die Eigentums- und Bergungsrechte am Wrack tobt. Zuletzt kolportierter Streitwert: 225 Mio. USD.

Übrigens - die Bergungstaucher an der havarierten „Costa Concordia“ sollten nicht nur nach Vermissten suchen, sondern auch die untergegangenen Wertgegenstände der „besseren Gesellschaft“...

Alexander Svojtko



# Olympischer Friede in London?

**„Die Regierung** ist mit der Abschaffung des öffentlichen Sektors und des Wohlfahrtsstaates zugunsten der Geldbeutel der Reichen gelangweilt.

Das ist eine Satire aus dem Fußballfanzine „A Fine Lung“. Doch der Text hat einen wahren Kern. Olympia steht im Zeichen eines harten Sparpaketes

Londoner Straßen werden zu VIP-Spuren umfunktioniert: Auf diesen dürfen während der Spiele nur registrierte SponsorInnen, PolitikerInnen und Büro-

tig weigern sich Bus- und U-Bahnunternehmen, die für die Beschäftigten anfallenden Überstunden zu zahlen.

Die Transportarbeitergewerkschaften RMT und UNITE planen Streiks während der Spiele. UNITE Generalsekretär McLuskey rief dazu auf, die Spiele zum Widerstand gegen Sozialabbau zu nutzen. Die Regierung nannte ihn dafür „unpatriotisch“. Dem schloss sich auch Ed Miliband, Chef der sozialdemokratischen Labour Partei an. Doch die Beschäftigten sind kampfbereit. Reinigungskräfte in der Londoner U-Bahn konnten sich bereits einen 25%igen Olympiabonus ersteiken.

Christian Bunke

## Olympia ist geprägt von Sicherheitswahn und antigewerkschaftlicher Hetze.

Deshalb wird sie eine neue Lotterie einführen, an der sich nur solche mit mehr als 40.000 Pfund Jahresgehalt beteiligen dürfen. Die GewinnerInnen dürfen sich einen Monat vor Beginn der olympischen Spiele an der Erschießung der Armen der Stadt beteiligen. Man will damit alle unwillkommenen Gestalten loswerden, die die Sicht auf die Spiele stören könnten.“

und wird von staatlichen Machtspielen geprägt sein. 13.500 SoldatInnen und bis zu 49.000 Sicherheitsleute werden im Einsatz sein. Boden-Luft Raketen werden in Südlondon stationiert. Private Sicherheitsleute erhalten per Gesetz Polizeibefugnisse. Das Demonstrationsrecht wird eingeschränkt, das olympische Dorf durch 5.000 Volt starke Elektrozäune umrahmt. Manche

kratInnen fahren.

ArbeitnehmerInnenrechte werden bedroht. Auf der Olympia Baustelle verhindern die Bauunternehmen die Einstellung bekannter GewerkschafterInnen mit einer schwarzen Liste. Beschäftigte im Einzelhandel sollen sonntags länger arbeiten. Olympia kostet mindestens elf Milliarden Pfund (mehr als 13 Milliarden Euro). Gleichzei-

## Become the pulse of the revolution!

**„The General Strike“** ist das neue Album von Anti-Flag. Auf ihrem vor drei Jahren erschienenen Album „The People Or The Gun“ diente den Polit-Punks aus Pennsylvania die globale Krise dazu, aus linker Sicht den Kapitalismus anzukreiden und zur Veränderung aufzurufen, wobei die Mittel und Wege dafür unklar blieben.

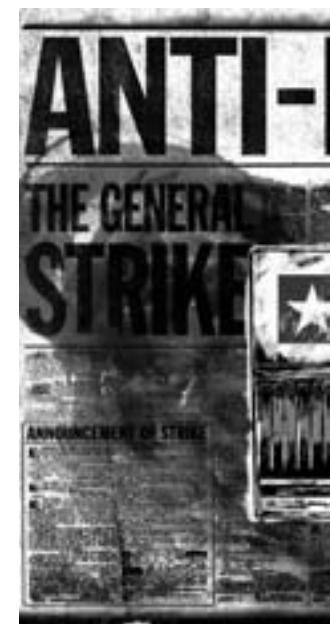
Mit ihrem Neuling schaffen es Anti-Flag allerdings, durch die Occupy-Bewegung inspiriert einen Schritt weiterzu-

gehen. Die Aufrufe zum Widerstand sind direkter und konkreter. Bereits im Albumtitel stellen sie die Forderung nach einem Generalstreik, was die kämpferische Stimmung in den USA widerspiegelt. Es wird der arabische Frühling als Vorbild einer weltweiten Revolution besungen, es wird aufgezeigt, dass das System im Kern krank ist und Reformen keine qualitative Veränderung bewirken - das gesamte Album zeigt auf verschiedene Weisen auf,

dass es einzig in den Händen der ArbeiterInnenklasse liegt, die Gesellschaft zu verändern.

Die Musik selbst wird den Kapitalismus nicht stürzen und kein neues System heraufbeschwören, das ist klar. Aber Anti-Flags Aufrufe zum gemeinsamen Kampf zeigen deutlich auf, dass weltweit immer mehr Leute einsehen, dass genau das zu tun ist. In diesem Sinn: „This is class war. What are you waiting for?“

Simon Nagy



# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Griechenland im Ausnahmezustand

*Die soziale Krise und der Klassenkampf haben in Griechenland eine neue Qualität erreicht.*

**Griechenland** hat 15 Generalstreiks gegen mehrere Runden drakonischer Sparpakte hinter sich, davon drei 48-Stunden-Generalstreiks. Die verhasste PASOK-Regierung musste nach dem Generalstreik im Oktober zurücktreten. Die neue Bankerregierung der „Nationalen Einheit“ (die sozialdemokratische PASOK, die konservative Neue Demokratie und zu Beginn die rechtsextreme LAOS) hat in Übereinkunft mit der Troika bereits das nächste Sparpaket verabschiedet, das u. a. eine Senkung des Mindestlohns im privaten Sektor um 25% beinhaltet. Auch gegen dieses Sparpaket gab es im Februar einen 48-Stunden-Generalstreik. Die soziale Situation ist desaströs, viele Menschen konnten im Winter ihre Wohnungen nicht heizen. Schwangere werden in Spitätern abgewiesen, weil sie sich ei-

ne Geburt dort nicht leisten können. Die Selbstmordrate steigt, ebenso die Obdachlosigkeit. PensionistInnen leben von Obst, das von den Märkten weggeworfen wird. In vielen Bereichen werden seit Monaten keine Löhne ausbezahlt.

**Die Medien** trommeln von den „Pleitegriechen“ und die Herrschenden in Europa behaupten, die „faulen“ griechischen ArbeiterInnen seien schuld. Alles Lügen - offizielle Euro-Stat-Zahlen zeigen, dass griechische ArbeiterInnen die längsten Arbeitszeiten haben und weniger Lohn erhalten als die meisten Beschäftigten in Europa. Das Problem liegt ganz woanders, der Kapitalismus ist international in der Krise. 2007 platzten Immobilienblasen in den USA und Spanien, 2008 brach die „Fi-

nanzkrise“ mit dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers, dem andere folgten, aus. Eine Vielzahl von Finanz- und Industrieunternehmen mussten weltweit mit staatlicher Hilfe gerettet werden. Seit 2009 befindet sich das Zentrum der Krise in Europa, wo eine Reihe von Staaten zunehmend Probleme haben, ihre Staatsschulden zu bezahlen. Griechenland - eine traditionell schwache Ökonomie - bildet den Brennpunkt. Doch die wirtschaftlichen Fundamente sind in einer Reihe von europäischen Staaten ähnlich wackelig.

**Es ist also eine Krise** des Kapitalismus. In der Hoffnung, den Zusammenbruch weiterer Banken zu verhindern, werden nun überall harte Kürzungspakete geschnürt. Die Banken haben sich billiges

Geld von der Europäischen Zentralbank geborgt und mit hohen Zinsen an den griechischen Staat verliehen - damit sie ihre Gewinne machen können, sollen nun griechische ArbeiterInnen bluten! Auch österreichische Banken hoffen auf fette Gewinne. Der Staat Österreich hat bisher über 62 Millionen Euro an der Krise in Griechenland verdient!

**Aber die griechischen** ArbeiterInnen nehmen die Situation nicht kampflos hin. Im Oktober gab es während des Generalstreiks einen Moment, wo nicht nur die Regierung gestürzt, sondern auch die Frage einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung und einer Regierung im Interesse der ArbeiterInnenklasse und Jugendlichen auf die Tagesordnung gesetzt werden hätte können. Im Moment liegt der Fokus stärker auf den Wahlen, die im Frühjahr stattfinden sollen. Für die kommenden Kämpfe braucht es eine linke Führung, die einen Plan vorlegen kann, wie sie gewonnen werden können. Das müsste ein Programm gegen die Spardiktatur durch die Troika beinhalten - und gegen die kapitalistische Krise sein.

**Laura Rafetseder**

## Glossar der Parteien:

- **KKE:** Kommunistische Partei, in Umfragen bei 10%
- **Syrriza:** Linksbündnis, in Umfragen bei 10%
- **Synapsismos:** „Euro-Kommunisten“, dominierende Kraft in Syrriza
- **Dimar:** rechte Abspaltung von Syrriza, u. a. auch zu Koalition mit PASOK bereit, in Umfragen bei 15%
- **Nea Dimokratia (ND):** Neue Demokratie, konservativ/neoliberal, in Umfragen bei 28%
- **PASOK:** Sozialdemokraten (heute auch neoliberal), in Umfragen bei 10%
- **LAOS:** „Laikos Orthodoxos Synagermos“, rechts-extreme Partei, ursprünglich in der Regierung von Papademos dabei, dann ausgetreten

## Chronik der Ereignisse:

- **10.2009:** PASOK-Regierung revidiert Staatsschulden nach oben, Ratingagenturen stufen Griechenland ab
- **10. und 24.2. sowie 11.3.10:** 1./2./3. Generalstreik gegen 1. Sparpaket (4,8 Mrd. jährlich; u.a. Kürzung der Gehälter im Öffentlichen Dienst)
- **3-5.10:** Sparpaket beschlossen, es folgt „Rettungspaket“ I von EU und Troika
- **5.5.10:** 4. Generalstreik gegen 2. Sparpaket (30 Mrd. Euro bis 2013; u.a. weitere Kürzungen im Öffentlichen Dienst: Streichung 13./14. Monatsgehalt, Streichung von Verwaltungsebenen und Zusammenlegung von Kommunen; Anhebung der Mehrwertsteuer von 21% auf 23%)
- **29.6. und 8.7.10:** 5./6. Generalstreik gegen 3. Sparpaket (u.a. Anhebung Pensionsalter, Pensionskürzungen im Öffentlichen Dienst um 30%, Aufweichung Kündigungsschutz)
- **15. und 23.12.10:** 7./8. Generalstreik gegen weitere Kürzungen (u.a. Abfindungen bei Kündigungen halbiert, Aushebelung der Kollektivverträge)
- **4.11:** Papandreu kündigt neues Sparpaket an (78 Mrd. bis 2015; u.a.: weitere Mehrwertsteuererhöhung, Streichung von 150.000 Stellen im Öffentlichen Dienst, Kürzungen bei Sozialem und Gesundheit, Privatisierungswelle)
- **11.5. und 15.6.11:** 9./10. Generalstreik
- **5./6.11:** Besetzung des Syntagma-Platzes
- **28./29.6.11:** 1. 48-Stunden-Generalstreik – Sparpaket wird trotzdem beschlossen
- **7.11:** „Rettungspaket“ II von EU und Troika
- **19./20.10.11:** 2. 48-Stunden-Generalstreik gegen 6. Sparpaket (u.a. Beschäftigte im Öffentlichen Dienst sollen mit nur 60% des Einkommens in „Arbeitsreserve“ geschickt werden, Streichung von 30.000 Stellen);
- **10.11:** EU einigt sich auf teilweisen Schuldenschnitt
- **10.11.11:** Papandreu tritt nach dem Versuch die Bevölkerung durch ein Referendum zu erpressen zurück. Papademos, früherer EZB-Vizepräsident, wird Ministerpräsident.
- **9.12.11:** EU beschließt Fiskalpakt
- **7./8.2.12:** 3. 48-Stunden-Generalstreik gegen 7. Sparpaket (u.a. Senkung der Mindestlöhne um 25%, Kündigung von weiteren 150.000 im Öffentlichen Dienst bis 2015, Senkung des Arbeitslosengeldes von 461,- auf 322,- Euro; Einfrieren der Löhne im privaten Sektor bis die Arbeitslosigkeit von 21% auf 10% zurückgegangen ist, weitere Privatisierungen)
- **3.12:** „Rettungspaket“ III der Troika, Schuldenschnitt und Ausszahlung von fälligen Krediten
- **Frühjahr 2012:** Wahlen sind geplant, Termin steht noch nicht fest

# In Griechenland bleibt nichts, wie es ist!

**In Europa schien** das Zeitalter der Revolutionen vorbei. Doch die Ereignisse in Griechenland zeigen, wie dramatisch sich Prozesse zuspielen können. Seit Ende 2009 ist Griechenland der Fokus der europäischen Krise. Es ist eine wirtschaftliche, soziale und politische

gierung. Auch hier gibt es unterschiedliche Trends um die Frage, ob Griechenland in der Eurozone bleiben soll oder nicht.

Doch angesichts des anhaltenden Widerstandes in Griechenland durch Streiks und Proteste gibt es auch Debatten unter den

## Die Krise der Bewegung ist v. a. eine Krise der Führung - das gilt aktuell für Griechenland.

Krise. Bereits 2011 machten die Schulden über 160% des BIP aus. Die Wirtschaftsleistung ist um rund ein Fünftel geschrumpft. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist 2007-11 um 50% gefallen. In Griechenland zeigen sich die Folgen der internationalen Krise des Kapitalismus zurzeit am deutlichsten. Dort findet statt, was auch anderen Staaten droht.

In Folge steckt das politische System in der Krise. Unterschiedliche Teile der herrschenden Klasse haben unterschiedliche Interessen, und setzen daher auf unterschiedliche Strategien, erfolgreich ist keine. Die Sparpakte sind aus kapitalistischer Sicht wegen der Schulden nötig. Doch gleichzeitig bremsen sie die Wirtschaft. Die Ratlosigkeit drückt sich im Versuch aus, All-Parteien-Regierungen zu bilden. Das europäische Kapital ist stärker als das griechische und hat auch eigene Interessen. Das findet seinen Ausdruck in der zumindest teilweisen Entmachtung der griechischen Re-

Herrschenden, wie mit einer Explosion der Lage umzugehen sei. Die Ausrüstung des griechischen Staates und die Spekulationen über eine mögliche Intervention des Militärs machen deutlich, dass die Herrschenden nicht davor zurückstehen, mit Gewalt die wirtschaftlichen Interessen des Kapitals durchzusetzen.

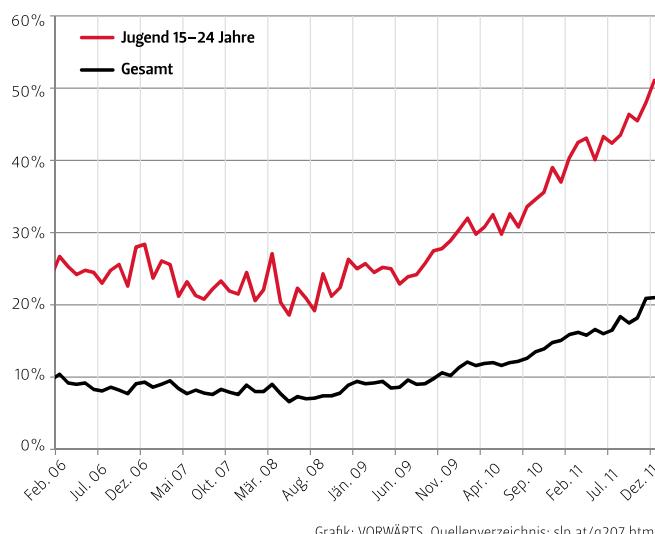
Die soziale Krise erfasst alle Teile der Gesellschaft. Auch Menschen, die bisher meinten, sie wären aufgrund einer guten Ausbildung oder von Rücklagen sicher, stehen plötzlich vor dem Nichts. Unzählige kleine Betriebe müssen schließen. Die TaxifahrerInnen sind wichtiger Teil der Kämpfe. Bei den Platzbesetzungen 2011 fanden sich viele Jugendliche aus der Mittelschicht. Die für die Mittelschichten typische Skepsis gegenüber der ArbeiterInnenbewegung hat sich u. a. in der Ablehnung von Parteien bei vielen der AktivistInnen widergespiegelt. Doch es war ein Lernprozess und viele von ihnen haben den

Schulterschluss zu den Protesten der ArbeiterInnenklasse hergestellt und erkannt, dass es gemeinsame Probleme und Interessen und einen gemeinsamen Gegner gibt.

Die ArbeiterInnenklasse ist mit 15 Generalstreiks und Betriebsbesetzungen der dominierendste Faktor. 2011 gab es u. a. eine Nichtbezahlungskampagne gegen eine Haushaltsteuer. Da sich die meisten Haushalte diese Steuer nicht leisten können, gab es eine massive Bewegung ganzer Nachbarschaften dagegen. Die Gewerkschaft der E-ArbeiterInnen weigerte sich, den Menschen, die nicht zahlten, den Strom abzudrehen, sondern drehte im Ministerium den Strom ab. Seit Monaten gibt es Streiks bei den StahlarbeiterInnen. Es gibt die Besetzung von Ministerien durch Angestellte des sozialen Wohnservices bzw. von Schulen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Ein Krankenhaus in Kilkis wird von der Belegschaft besetzt. Diese hat beschlossen, eine kostenlose Gesundheitsversicherung anzubieten, solange ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die größte Zeitung des Landes, Eleftherotypia, ist von ihren Beschäftigten besetzt. Die Zeitung war pleite, Löhne waren monatlang nicht ausbezahlt worden. JournalistInnen und ArbeiterInnen führen die Zeitung nun unter dem Titel „Die ArbeiterInnen“ weiter. Die ersten beiden Ausgaben haben mehr Exemplare verkauft als irgendeine an-

## Jugendarbeitslosigkeit überschreitet 50%-Marke

Arbeitslosigkeit in Griechenland 2006–2011



Grafik: VORWÄRTS, Quellenverzeichnis: slp.at/q207.html

dere Zeitung im Land. Daneben gab es einen sechswöchigen Streik der MüllarbeiterInnen in Athen, unterstützt von der Bevölkerung, obwohl die Stadt im Müll versank. Als die Regierung Streikbrecher einsetzen wollte, wurden diese von der lokalen Be-

(28%) und Laos, die zwar bald aus der Regierung wieder ausgetreten sind, aber in Umfragen ebenfalls stagnieren. Die Unterstützung für linke Ideen ist groß, doch es besteht die Gefahr, dass KKE, Syriza und Dimar weitermachen wie bisher und die

zeigt. Syriza ist paradoxerweise in ihren Forderungen nach rechts gegangen, sie fordern nur ein Einfrieren/Neuverhandlung der Schulden und schüren Illusionen in eine andere, bessere EU. Dimar geht noch weiter und würde an einer Koalition mit PASOK teilnehmen.

## Die herrschende Klasse in Griechenland herrscht nicht mehr wirklich.

völkerung vertrieben. Als die Regierung die Armee einsetzen wollte, hat sich die Armee aus Angst vor der Auseinandersetzung mit der lokalen Bevölkerung geweigert diesen Befehl auszuführen.

Die herrschende Klasse in Griechenland hat die Macht zum Teil an das europäische Kapital abgegeben. Die restliche Macht bleibt ihr, weil sie sonst niemand ergriff. Während des Generalstreiks im Oktober lag die Macht förmlich auf der Straße. Doch niemand hat sie ergriffen. Zurzeit hat sich der Fokus der Bewegung weg von den Generalstreiks, hin zu den Wahlen im Frühjahr verschoben. Auch die wichtigsten Parteien der Linken setzen auf Wahlen.

**Die linken Parteien** (KKE, Syriza und Dimar) kommen gemeinsam auf mehr als 30% in Umfragen, 60% wollen sie in der Regierung. Die Parteien des Establishments sind völlig diskreditiert. Das trifft auf PASOK (in Umfragen 10%) ebenso zu wie auf ND

neue Qualität in der Situation nicht sehen (wollen). Im Oktober haben sie darauf verzichtet, den Generalstreik auszuweiten, die Regierung zu stürzen und eine echte ArbeiterInnenregierung zu errichten. So aber blieb bei den Menschen der Eindruck, dass die PASOK-Regierung von der EU abgesetzt worden war. Die ArbeiterInnen sind sich nicht bewusst, dass sie es waren, dass es ihr Generalstreik war, der die Regierung gestürzt hat. Die linken Parteien haben lediglich Neuwahlen gefordert.

KKE und Syriza hätten eigentlich die Verantwortung, den Kämpfen Programm und Perspektive zu geben. Diese Aufgabe erfüllen sie nicht. Die KKE hat aufgrund des Drucks der Bewegung in Worten weitgehende Forderungen wie die Nichtbezahlung der Schulden und Verstaatlichung übernommen und sie spricht von „Volksmacht“. Allerdings ist ihr Wortradikalismus abstrakt – das hat sich im Zuge des Generalstreiks am 9. Oktober ge-

**Laura Rafetseder,  
Sonja Grusch**



## Marx aktuell

„Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte“, stellte Marx treffend fest. Sie fallen nicht vom Himmel, sind kein Produkt kleiner Terroristenzirkel oder Ereignisse mit drehbuchähnlichem Ablauf. Revolutionen sind neben Kriegen die dynamischsten Ereignisse der menschlichen Gesellschaft, Ausdruck historischer Unausweichlichkeit. Sieg oder Niederlage einer Revolution kann Gesellschaften für lange Zeit, oft Jahrzehnte, entweder zurückwerfen oder nach vorne bringen. Eine Revolution steht immer im Spannungsfeld von sozialer und politischer Notwendigkeit einerseits und andererseits einem von vornherein unklaren Ausgang, der von den tatsächlichen Ereignissen bestimmt wird. Entscheidend sind die Rolle von Parteien und das Bewusstsein, aber auch „Zufälligkeiten“ und im Extremfall einzelne Personen.

### Wann ist eine Situation revolutionär?

**Für das Heranreifen einer revolutionären Situation ist eine Reihe von Bedingungen kennzeichnend:**

- Eine äußere Krise (z. B. (Welt-)Krieg) und/oder eine Verschärfung der sozialen Situation für die Massen (z. B. Krise). Aber auch die im Zuge eines Aufschwunges gestärkte ArbeiterInnenklasse, die „ihr“ Stück vom Kuchen nicht abbekommt, bietet einiges an revolutionärem Zündstoff.
- Die herrschende Klasse ist gespalten über die Methoden zur weiteren Aufrechterhaltung ihrer Macht (z. B. mehr oder weniger Repression und Gewalt) und daher geschwächt.
- Die Mittelschichten sind verunsichert und schließen sich der Bewegung gegen die herrschende Klasse an, so gibt es z. B. Risse innerhalb des stehenden Heeres und des Repressionsapparates.
- Bewusstes und gesteigertes Eingreifen der ArbeiterInnenklasse und die Entwicklung und Mobilisierung von Massenaktionen bis hin zum politischen Generalstreik.
- Das Vorhandensein einer revolutionären Führung/Partei, die die Kräfte bündelt und ein klares Ziel hat.

Reprint aus VORWÄRTS Extra Nr. 99 (Franz Breier jun.)

„Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der proletarischen Revolution ist schon seit langem am höchsten Punkt angelangt, der unter dem Kapitalismus erreicht werden kann... Unter den Bedingungen der sozialen Krise des ganzen kapitalistischen Systems laden die Konjunkturkrisen den Massen immer größere Entbehrungen und Leiden auf... Die Bourgeoisie selbst sieht keinen Ausweg... dort, wo sich die Bourgeoisie noch eine Zeitlang den Luxus der Demokratie leisten kann..., befinden sich alle traditionellen Parteien des Kapitals in einem Zustand der Verwirrung, der gelegentlich an Willenslähmung grenzt... Das ganze Gerede, wonach die geschichtlichen Bedingungen noch nicht „reif“ genug seien für den Sozialismus, ist nur das Produkt der Unwissenheit oder eines bewussten Betrugs. Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind nicht nur schon „reif“, sie haben sogar bereits begonnen zu verfaulen. Ohne sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode, droht die ganze menschliche Kultur in einer Katastrophe unterzugehen. Alles hängt ab vom Proletariat, d. h. in erster Linie von seiner revolutionären Vorhut. Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung.“ (Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, 1938)



# Wie weiter für Griechenland?

In Griechenland finden die Krise des Kapitalismus und die Frage seiner Überwindung wohl ihren derzeit radikalsten Ausdruck. Seit mehr als drei Jahren kämpfen die griechischen ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugend-

barer Nähe. Doch eine Regierungskoalition der Linksparteien alleine bietet keinen Ausweg. Egal, ob Griechenland im Euro bleibt, rausgeworfen wird oder selbst rausgeht – auf kapitalistischer Basis bedeutet jede Möglichkeit

den und die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrie unter demokratischer Kontrolle durch Komitees der Beschäftigten auf allen Ebenen umsetzen. Bereits jetzt haben die Beschäftigten einzelne Betriebe

militärischen Aggression. Dagegen kann sich eine junge, national begrenzte Revolution alleine nicht wehren. „Die Vollendung der sozialistischen Revolution innerhalb nationaler Grenzen ist undenkbare“, wusste schon der russische Revolutionär Leo Trotzki. Auf Basis von internationaler Solidarität und eines gemeinsamen Kampfes von ArbeiterInnen in ganz Europa gegen die Sparpolitik der Troika und der EU könnte die Frage einer sozialistischen Föderation in Europa auf freiwilliger Basis auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das wäre eine sozialistische Alternative zu EU und Euro.

## Das Beispiel Griechenland zeigt, dass der Wille alleine noch nicht genug ist.

lichen – der Wille ist ungebrochen. Heroisch und verzweifelt wird gestreikt, demonstriert und besetzt. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Politik des Kapitals dauerhaft zurückzuschlagen und selbst die Macht zu ergreifen.

Griechenland zeigt, dass der Wille alleine nicht genug ist. Eine erfolgreiche Revolution braucht eine politische Führung und ein konkretes Programm. Sie muss wissen, was als nächstes zu tun ist, wie Errungenschaften verteidigt werden und dauerhaft mit dem Kapitalismus gebrochen werden kann. Die Wahlen bieten eine Chance für die Linksparteien KKE und Syriza. Eine linke, sozialistische Regierung scheint in greif-

Leid und Armut für die ArbeiterInnenklasse.

**KKE und Syriza** zeichnen sich jetzt schon nicht gerade durch Konsequenz aus. Sollten sie in die Regierung kommen, wird der Druck, den Forderungen des Kapitals nachzugeben und die Schulden zurückzuzahlen, ins Unermessliche steigen. Eine „linke“ Regierung, die sich dabei auf eine brüchige parlamentarische Mehrheit stützt, kann dabei nur nachgeben und zusammenstürzen. Deswegen schlägt Xekinima, die griechische Schwesterorganisation der SLP, ein Aktionsprogramm vor.

Eine linke Regierung aus Syriza und KKE müsste die Forderung nach Nichtbezahlung der Schul-

übernommen und führen sie unter demokratischer Führung weiter. Diese Besetzungen und Übernahmen müssen im Rahmen eines unbefristeten Generalstreiks ausgeweitet werden. Die Regierung würde sich nicht mehr auf das Parlament stützen, sondern auf die Räte und Nachbarschaftskomitees, die sich im Rahmen einer solchen Bewegung bilden. Dies würde das kapitalistische System in Griechenland in Frage stellen. Die Antworten des Kapitals können vielfältig sein: Vom versuchten Abzug sämtlicher Gelder – was durch effektive Verstaatlichung und ArbeiterInnenkontrolle von Banken und Unternehmen verhindert werden kann – über Sanktionen bis zur

die, demokratisch vernetzt, eine „Gegenmacht“ aufbauen könnten. Durch die Übernahme der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens durch diese Komitees entsteht eine Situation, in der zwei „Staaten“ um die Macht ringen – der alte, bürgerliche Staat und der neue, demokratische ArbeiterInnenstaat. Die Zerschlagung der alten bürgerlichen Strukturen innerhalb dieses Prozesses würde den Sieg der ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen und den Aufbau einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft bedeuten.

**Eine erfolgreiche** Revolution in Griechenland würde die Karten in Europa neu mischen und einen Ausweg aus dem immergleichen Strudel kapitalistischer Sparpolitik und sozialdemokratischer Beschwichtigung bieten. Griechenland könnte wieder als Meilenstein der Demokratie in zukünftige Geschichtsbücher eingehen – einer tatsächlichen, sozialistischen und klassenlosen Demokratie.

Sebastian Kugler

# Wir verteidigen unsere Zukunft!

**PolitikerInnen** behaupten immer, dass es den Jugendlichen hier so gut ginge, dass alles für sie getan werde. Dabei tun sie genau das Gegenteil davon. Sie hintergehen uns und rauben unsere Zukunft! Denn das Sparpaket trifft Jugendliche besonders hart. Entgegen ihren Behauptungen wird z. B. bei der Bildung gekürzt. U. a. sollen bei den LandeslehrerInnen durchschnittlich 5000 €/Person gespart werden, was eine qualitative Verschlechterung des Unterrichts bedeuten wird. Beim Bau-sparvertrag, oft das Startkapital beim Auszug, soll die staatliche Prämie von 5,5% auf 2,75% reduziert werden.

Bis 2014 sollen mit ein paar Ausnahmen keine neuen Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingestellt werden, d. h. auch keine Übernahme der Lehrlinge nach dem Lehrabschluss! Und das, obwohl die Jugendarbeitslosigkeit seit letztem Jahr um 5,8% gestiegen ist. Ein Aufnahmestopp wird die Zahlen noch weiter steigen lassen. Anstatt etwas dagegen zu tun, verschlimmert das Sparpaket die Situation der Jugendlichen.

Lehrstellen werden schon lange nicht mehr nach dem Kriterium „Das gefällt mir“ ausgesucht, sondern nach „Was ist

noch frei?“ Heute gibt es bereits ein Drittel weniger Lehrstellen als in den 1980er Jahren. Nun fallen auch noch viele Jobs nach Lehrabschluss weg. Wieso sollen wir für eine Krise, die wir nicht verursacht haben, mit unserer Zukunft bezahlen?! Wir sollten uns wehren! Die Gewerkschaftsjugend sollte Kampfmaßnahmen ansetzen, doch stattdessen spricht ÖGJ-Präsidentin Caroline Hungerländer (FCG) über „berechtigte Sparmaßnahmen“.

Eine kämpferische Gewerkschaft hat die Aufgabe, jegliche Verschlechterungen zu verhindern. Das Einzige, was von ihrer Seite zu hören war, waren ein paar jammernde Worte und teilweise sogar Zusprüche, da das Sparpaket doch so „ausgewogen“ sei. Dabei hat die ÖGJ doch Möglichkeiten, Jugendliche, und somit auch Widerstand zu mobilisieren.

Dass Widerstand sich lohnt, zeigen diverse Proteste seitens Jugendlichen. Auch wenn z. B. die unibrennt-Bewegung nicht all ihre Ziele verwirklichen konnte, hat sie doch 30 Mio. € für die Unis rausgeschlagen können.

Also organisieren & wehren wir uns! Angefangen bei einer Unterschriftenliste (SLP Homepage) bis hin zu Protesten auf der Straße! **Sedef Yavuz**

## Kony-Video missbraucht jugendliche Hilfsbereitschaft

**Seit Kurzem macht** ein Video der NGO Invisible Children über den afrikanischen Warlord Joseph Kony die Runde. Jugendlichen, die helfen wollen, wird die Chance suggeriert, sozial aktiv zu werden und mit Spendengeldern einen Mann zu stoppen, der ein Heer an Kindersoldaten um sich schart. Allerdings wird die Lage in Uganda manipulativ erklärt. Auch die Regierung begeht Kriegsverbrechen. Klar muss Kony gestoppt

werden, doch wie? Fakt ist, ein Großteil der Spenden geht an Invisible Children - oder in den US-Militäreinsatz. So wurde noch nie Frieden gebracht. Das einzige Mittel gegen Warlords wie Kony ist, unabhängige Bewegungen der Bevölkerung zu unterstützen. Diese dürfen kein Vertrauen in Regierungen haben, sondern sich selbst in demokratischen Selbstverteidigungskomitees organisieren. **Markus Kucera**

**BLOCKUPY**  
**FRANKFURT**  
**16.-19. Mai**  
**europaweite**  
**Aktionstage**

•••

## 19. Mai: Internationale Demonstration in Frankfurt

**Seit der Krise** greifen Banken, Konzerne & ihre PolitikerInnen den Lebensstandard von Arbeite-

ne Demonstration am 19. Mai im Bankenviertel sein, es wird aus ganz Europa mobilisiert. Eine gute Ge-

keit, Kürzungen & Armut hat. Solange es keine starke Linke gibt, wird das auch so bleiben. Deshalb muss der

### Fahr mit uns zu den internationalen Protesttagen nach Frankfurt!

rInnen & Jugendlichen verstärkt an. In vielen Ländern haben sich Proteste gegen die Kürzungen, die von der EU vorangetrieben werden, formiert. Das CWI ist Teil davon und tritt für ein sozialistisches und internationalistisches Programm ein. Wir sind auch Teil des Bündnisses (u.a. LINKE, ver.di, Attac,...), das internationale Protesttage in Frankfurt plant. Höhepunkt wird ei-

legenheit, um gemeinsam Widerstand gegen die Politik der EU zu leisten & Erfahrungen auszutauschen. Gemeinsam mit unserer deutschen Schwesterorganisation SAV fordern wir u. a. die Nichtbezahlung der Schulden.

In Österreich geht die FPÖ als größte (Schein-) Opposition zur EU erfolgreich auf WählerInnenfang, obwohl sie keine echten Lösungen für Arbeitslosig-

ÖGB endlich beginnen, die Kürzungspolitik von Regierung & EU zu bekämpfen und für echten Internationalismus als Alternative zu Nationalismus und dem Europa der Banken & Konzerne auf die Straße zu gehen - am besten schon im Mai in Frankfurt.

Wenn du mit einem Bus nach Frankfurt mitfahren willst, melde dich unter [sdp@slp.at](mailto:sdp@slp.at).

**Flo Klabacher**

### Fundstück des Monats



In der vergangenen "Straßburg Woche" haben wir wieder eine Russlandresolution verfasst. Ich wurde als Berichterstatter für das EU-Parlament für Russland gebeten, eine solche zu verfassen und nach der Diskussion im Außenpolitischen Ausschuss dem Plenum vorzulegen. Mit dieser Resolution sollte das EU-Parlament den begonnenen Dialog der "Opposition" mit Medwedew, dem zukünftigen Premierminister, unterstützen. Daher sollte nicht Kritik und Anklagen gegen Putin und die vergangenen Wahlen im Vordergrund stehen. Allerdings wollten Kollegen der Europäischen Volkspartei aus Polen und dem Baltikum, sowie KollegInnen der Grünen unbedingt vor allem Kritik und Anschuldigungen in der Resolution sehen. Und es gibt natürlich viel Anlass zu Kritik.

**Die Liebe der SPÖ zu Diktatoren** SPÖ-EU-Parlamentarier Swoboda setzt offenbar auf gute Beziehungen zu Diktatoren. Er verfasste eine Resolution, um den Dialog (!!!) der Opposition mit Diktator Putin und Schoßhund Medwedew voranzutreiben - und lässt Wahlfälschungen und Massenverhaftungen oppositioneller DemonstrantInnen unter den Tisch fallen.



# Russland: LGBT-Rechte verteidigen!

**Diskussionen** über LGBT-Rechte (Lesbian, Gay, Bi and Transgender) in Russland sind immer angespannt. Die Liberalen schauen besorgt und verstecken sich, die extreme Rechte und Konservativen laufen heiß. Die Linke ist zwischen beiden Lagern

Die Behörden haben als Vorbereitung auf Proteste die Ausgaben für Polizei und Armee massiv erhöht. Sie kaufen spezielle Ausrüstung für Einsätze gegen Demonstrationen. Aber sie wissen, dass Einschüchterung durch die Polizei nicht reichen wird.

angebliche „Promiskuität“ von Frauen verantwortlich. Anstatt finanzielle Unterstützung für die Gesundheit von Müttern und Kindern bereitzustellen, verbieten sie Abtreibung. Unter dem Deckmantel, die „Familienwerte“ zu schützen, kürzen sie

on zu LGBT-Rechten. Der rechte Flügel der „Linke Front“ hat auf der 1. Mai Demonstration AktivistInnen attackiert, die Schilder mit der Aufschrift „LGBT gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz“ trugen. Aber während der großen Proteste gegen den Wahlbetrug in Moskau, wo FaschistInnen LGBT-AktivistInnen angriffen, kamen einfache DemonstrantInnen den LGBT-AktivistInnen zu Hilfe. Die Tatsache, dass wir bei diesen Demonstrationen einen Block von Frauen- und LGBT-AktivistInnen organisieren konnten, zeigt, dass wir eine Schicht überzeugen konnten, nicht nur ihre eigenen Proteste zu organisieren, sondern auch an breiteren Protesten teilzunehmen und ihre Probleme mit jenen der Mehrheit der Bevölkerung zu verbinden.

Wir erklären, dass es eine sozialistische Alternative braucht, die den Kapitalismus – die Ursache für die Teile-und-Herrsche-Politik – überwindet. Nur so kann ein Kampf für LGBT-Rechte erfolgreich sein. Liberale Bürgerliche Parteien sind nur eine scheinbare Alternative zur Homophobie der Rechten. Sie sind nur so lange bereit

## Homophobie und Sexismus sind ein Instrumente, die ArbeiterInnenbewegung zu spalten.

gespalten. Nach offiziellen Zahlen sind 7-10% der ArbeiterInnenklasse LGBT. Es kann schwere Konsequenzen haben, für ihre Rechte aufzustehen – vom Verlust potentieller UnterstützerInnen bis zu physischen Attacken. Doch wir sind überzeugt, dass wir dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

„Vereintes Russland“, die Partei Putins, versucht verzweifelt ihre Herrschaft zu legitimieren – selbst wenn es nur darum geht, die Passivität der Bevölkerung zu erhalten, um die neoliberalen Politik fortsetzen zu können. Sie planen Sozialförderungen völlig zu streichen. Dazu kommt die Schuldenkrise in Europa, die Russland jeden Moment mit in den Abgrund zu ziehen droht.

Sie müssen eine ideologische Basis für sich schaffen. Sie stützen sich daher auf militärische, nationalistische, religiöse und patriarchale Werte, um Unterstützung zu gewinnen.

Die russische Bürokratie hat vielfältige sexistische und homophobe Initiativen gesetzt. Sie haben ein Gesetz verabschiedet, das das Abtreibungsrecht einschränkt. In vielen Städten haben sie Gesetze erlassen, die „Propaganda für Homosexualität, die auf Minderjährige abzielt“ verbietet. Nun werden diese Gesetze auf Bundesebene ausgeweitet. Die Herrschenden schieben einfach Minderheiten die Schuld für die Probleme in die Schuhe. Zum Beispiel machen sie für die fallende Geburtenrate die

das Budget. Sie argumentieren, dass die Hauptbedrohung für das Wohl der Kinder nicht die Schließung von Kindergärten ist, sondern die „unmoralischen Schwulen“ auf den Straßen. Wenn die herrschende Klasse sich dieser Spaltungsinstrumente bedient, sollte die Linke das mit der Idee von Solidarität aller ArbeiterInnen, ohne Rücksicht auf Geschlecht, sexuelle Orientierung, Nationalität oder Religion kontern. Diese „unbequeme Frage“ unbeantwortet zu lassen, bedeutet, der herrschenden Elite und ihren willigen Gehilfen – der faschistischen Rechten und Konservativen aller Schattierungen – freie Hand zu lassen.

Teile der Linken haben eine verheerende Positi-

Vorurteile zu bekämpfen, wie sie selbst nicht an der Macht sind und selbst Teile-und-Herrsche Politik betreiben müssen. Außerdem werden sie immer ihre Prinzipien unterordnen, wenn sie denken, dass die WählerInnen ihnen nicht zustimmen. Die liberale „Yabloko“ Partei hat ihrem Jugendflügel verboten, am „Marsch für gleiche Rechte“ teilzunehmen, aus Angst, WählerInnen abzuschrecken.

Homophobie, Sexismus und Nationalismus werden keine Jobs oder höhere Löhne für die ArbeiterInnenklasse schaffen. Im Gegenteil brauchen wir eine starke geeinte Bewegung. Nur so können wir sicherstellen, dass wir nicht einander bekämpfen, sondern unsere Energie auf jene richten, die tatsächlich verantwortlich für die Probleme sind – die 1%, die BankerInnen, OligarchInnen, KapitalistInnen und ihre PolitikerInnen.

**Zhenya Otto, CWI-Russland**  
<http://socialistworld.ru/>

und Autorin dieses Artikels, hat bei der TV-Talkshow „Duell“ vor drei Millionen Menschen darüber gesprochen, dass der Kampf für LGBT-Rechte Teil des Kampfes aller Unterdrückten gegen den Kapitalismus ist. Ihren Auftritt kann man hier (bei Minute 50) nachverfolgen: <http://www.youtube.com/watch?v=PvoPuswCquo>

# Imperialismus und islamische Diktatur

**Die Geschichte** kann manchmal fies sein - während Ahmadinejad 2009 nur mit massivem Wahlbetrug und nach der Niederschlagung der Massenproteste seine Macht halten konnte, echauffiert sich seine Fraktion nun über den Betrug bei den Parlamentswahlen vom 3. März. Die sogenannten „Reformer“ wurden von der Wahl weitgehend ausgeschlossen. Als Sieger ging die rechts-klerikale Fraktion rund um den obersten Führer Khamenei hervor. „Politiker sind Lügner. Ich glaube, das ist überall auf der Welt so“, erzählte mir Reza, ein Glasbläser aus Yazd. „Sie wirtschaften in die eigene Tasche und die Menschen haben nichts zu essen.“ Für die Meisten steht die soziale Situation im Mittelpunkt - und die hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. 2011 wurde der Brotpreis von 2.000 auf 5.000 Rial (1 Euro = 16.400 IR) erhöht. Der Benzinpreis vervierfachte sich seit 2009. Beides durch die Streichung staatlicher Subventionen.

Für die Regierung ist klar, wer an der sich verschlechternden Wirtschaftslage Schuld hat: der Westen und seine Sanktionen. Die Sanktionen verkleinern zwar den Spielraum der iranischen

**Georg Maier** bereiste vor den Wahlen mehrere Wochen den Iran.

Regierung, haben aber keine größeren Auswirkungen auf das Rüstungs- und Atomprogramm. Die selbsternannte „Weltgemeinschaft“ (USA, EU und FreundInnen) tut den ArbeiterInnen und Jugendlichen im Iran (und der gesamten Region) damit keinen Gefallen. Dem Regime wird ermöglicht, die sozialen Probleme auf den Westen abzuwälzen. Sie haben einen stabilisierenden Charakter. Ein Sturz von außen ist keine wahrscheinliche Perspektive. Die USA sind im Irak und in Afghanistan gescheitert. Der Versuch, einen „regime change“ im Iran durchzusetzen, würde die ganze Region vollständig destabilisieren und ein Blutbad anrichten. Wovor die Herrschenden in Teheran Angst haben müssen, ist die eigene Bevölkerung. Hunderttausende demonstrierten 2009 gegen Ahmadinejad & Co. Inspiriert von den Revolutionen in Ägypten und Tunesien, gingen auch 2011 die Massen auf die Straße. Die islamische Diktatur wird fallen - aber nicht durch eine westliche Intervention, sondern durch den Zorn und Widerstand von ArbeiterInnen und Jugendlichen im Iran.

**Georg Maier** bereiste vor den Wahlen mehrere Wochen den Iran.



## Ungarn: Opposition gegen Orbán

**Nationalfeiertage** werden stets sehr staatstragend begangen. So hielt die ungarische Fidesz-Regierung eine große Kundgebung ab. Orbán woll-

Orbáns Attacken auf demokratische Rechte und Minderheiten sind die Begleitmusik für brutalen Sozialkahlschlag, der aber von der Opposi-

für die Nazi-Kundgebung zeigen deutlich: Wenn es darauf ankommt, arbeiten Faschisten und Regierung zusammen.

Zu wenige fanden es

**Daniel Marton, CWI Mitglied aus Ungarn, berichtet über die Demo vom 15. 3. in Budapest**

te stark aussehen, unterstützt durch „sein Volk“. Tatsächlich kamen auch ca. 150 000 Leute.

Ca. 60 000 Leute gingen aber zur Kundgebung der Opposition. Viele Gruppen riefen dazu auf, andere blieben fern. Besonders Gewerkschaften fehlten. Das Programm der Opposition ist oft zu abstrakt für viele ArbeitnehmerInnen, sodass die Demo eher bürgerlichen Charakter hatte.

on zu wenig aufgegriffen wird. Durch diese politische Schwäche profitieren besonders faschistische Gruppen von der Wut der Menschen. So versuchten diese auch am Nationalfeiertag sich als „Widerstand“ zu profilieren. Ca. 200 Nazis hielten eine Kundgebung direkt neben der der Opposition ab. Die Polizei trennte die Kundgebungen nur halbherzig. Das und die Genehmigung

wichtig gegen die Nazis vorzugehen. So blieben die Rechten als letzte auf dem Platz und konnten sich als „Opposition“ darstellen. Das CWI machte in Flugblättern klar, dass der Kampf gegen Regierung, Nazis und Krise zusammengehört. Wie in Griechenland gilt es zu streiken und sich gleichermaßen gegen Sozialkürzungen von Regierung und EU zu wehren!

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Irland: Kampf gegen Steuern

In Irland wurde zum 01.01.12 eine Hausbesitzersteuer eingeführt. Damit soll das Bankenrettungspaket reingeholt werden. Das trifft breite Schichten, auch die meisten einfachen Leute leben in kleinen aber eigenen Häusern. Die zunächst 100€ pro Jahr summieren sich mit zahlreichen weiteren Belastungen. Die Socialist Party (CWI in Irland) organisiert eine Boykott-Kampagne gegen die Steuer. Mit öffentlichen Versammlungen mo-

bilisiert sie die Menschen dazu, sich nicht registrieren zu lassen. Mit Erfolg: Bis 31. März läuft die Registrierungsfrist, doch Ende Februar hatten sich nur 8 % gemeldet. Sie sind nicht bereit, für die Schulden der Banken zu zahlen und wütend auf die Regierung. Gemeinsam werden sie sich jetzt gegen die Sanktionen der Regierung wenden.

[nohouseholdtax.org](http://nohouseholdtax.org)  
[www.socialistparty.net](http://www.socialistparty.net)

## Brasilien: Aufdecker gekündigt

In São Paulo verunglückte ein Arbeiter des größten multinationalen Brauereikonzerns Anheuser-Busch. Ursache waren massive Sicherheitsmängel, die immer wieder zu ähnlichen Unfällen führen. Der dort arbeitende Joaquim Aristede, Mitglied des CWI in Brasilien, verurteilte die Mängel im Arbeitsschutz öffentlich. Er ist Vize-Präsident der Arbeitsschutzkommision und im Vorstand einer Gewerkschaftsvereinigung. Kurz darauf wurde er frist-

los gekündigt. Spätestens seit einem Streik vor einem Jahr hatten die Arbeitgeber versucht, den kämpferischen Gewerkschafter loszuwerden. Das CWI organisiert eine landesweite und internationale Solidaritätskampagne, besonders unter GewerkschafterInnen. Zahlreiche Proteste vor Niederlassungen der Brauereikette und eine E-Mail Aktion finden statt.

[www.lsr-cit.org](http://www.lsr-cit.org)

**Taiwan** „Wir müssen sämtliche Kernkraftwerke schließen! Wir fordern die öffentliche und demokratische Kontrolle von Taiwans Energiegesellschaft!“, sagte Hsiang-yu Hsieh vom CWI Taiwan, in seiner Rede auf der Anti-Atom-Demo in Taipeh mit über 5 000 TeilnehmerInnen. Der Marsch fand am Jahrestag der Katastrophe in Fukushima statt. Es gab ähnliche Demos in Japan, Europa und Australien.

[socialisttw.blogspot.com](http://socialisttw.blogspot.com)



# Die Grenzen der Sozialen Arbeit im Kapitalismus

**Das System ist brutal!** In Österreich sind 12% (rund 1 Million) arm, 37 000 sind obdachlos, psychische Krankheiten nehmen dramatisch zu. Lösen sollen diese Probleme SozialarbeiterInnen, das Berufsfeld wächst und wächst. Gleichzeitig wird ständig im Sozialbereich gekürzt (25% Kürzungen in der

walt, bricht der Strom an Möglichkeiten und Notwendigkeiten zu Helfen gar nicht mehr ab. Doch all diese Lebensbedingungen haben Eines gemeinsam: Sie sind systembedingt. Anders als von HetzerInnen (Sarrazin, Strache,...) behauptet, liegen sie jedoch nicht daran, das Menschen faul oder genetisch bedingt

entwickelt haben, lassen sich nicht einfach kompensieren. Die von SozialarbeiterInnen verrichtete Arbeit kann nicht die Ursachen, die zu den Notlagen führen, verändern. Es kommt zu einer Symptombekämpfung, leider nicht zu einer bleibenden, Veränderung.

Wie alles, so unterliegt

## „Soziale Arbeit: Hilfe zur Selbsthilfe oder Bildung von Klassenbewusstsein?

Steiermark), Subventionen gestohlen und Betreuungsschlüssel hinaufgesetzt.

Soziale Arbeit entstand, weil die horrenden gesellschaftlichen Probleme in der modernen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr versteckt und/oder „übersehen“ werden konnten. Das führte zu zwei Strängen: den Drang zu helfen und den Wunsch, die Probleme aus dem Blickfeld zu vertreiben.

Der Wunsch zu helfen ist menschlich und zeigt, dass das Gerede von der „Entsolidarisierung“ falsch ist. Betrachtet man die verschiedenen Notlagen, Armut, Wohnungslosigkeit, 90% der psychischen Erkrankungen (z.B. in Folge von Stress/Mobbing am Arbeitsplatz oder Verlust desselben) und/oder Ge-

dumm wären. Sie liegen nicht an einem „Integrationsunwillen“ von AusländerInnen oder am falschen Geschlecht. Schuld daran ist in letzter Konsequenz die Bereicherung einiger weniger auf Kosten der Allgemeinheit, der 99%.

Bei Armut als Folge von niedrigen Löhnen oder fehlenden Sozialleistungen ist das offensichtlich. Verwahrlosung, (Selbst-)Zerstörung und Gewalt sind oft eine Reaktion darauf, dass Menschen mit dem Druck und der Perspektivlosigkeit nicht fertig werden. Und auch Klein-Kriminalität ist letztlich eine soziale Frage, man muss nach den Ursachen fragen.

SozialarbeiterInnen sind in einem ständigen Spannungsfeld: Defizite, welche sich systembedingt

auch Sozialarbeit im Kapitalismus einer Kosten-Nutzen-Rechnung. Am billigsten wäre, Probleme wegzu sperren. Ein gewisses Ausmaß an Sozialarbeit ist aber aus Profitsicht nötig, um die Arbeitsfähigkeit anderer zu sichern. Je höher die Arbeitslosigkeit, umso geringer die Ausgaben für Sozialarbeit, dann können Familie oder unbefristete „Ehrenamtliche“ übernehmen. Die Arbeit von SozialarbeiterInnen wird zwar gelobt, aber wert ist sie dem Kapital nicht viel. Die Bezahlung ist schlecht, Überstunden und Burnout stehen am Programm, die Belastungsschwelle wird kontinuierlich angehoben, ohne auf die Bedürfnisse von SozialarbeiterInnen

und KlientInnen einzugehen. Beschlossen werden die Kürzungen von Menschen, die selbst noch nie im Sozialbereich tätig waren, und deren klare Profitorientierung wirkt sich stets zum Nachteil der Sozialeinrichtungen aus.

Die Bezahlung bzw. „Unter“zahlung von SozialarbeiterInnen ist immer eine politische Frage! Verbesserungen, welche die Betreuungsmöglichkeiten qualitativ verändern können, müssen erkämpft werden! Und der Wille zu Widerstand ist da, das haben zahlreiche Proteste aus diesem Bereich in den letzten Monaten gezeigt. Argumente gegen das effektivste Mittel des Widerstands, Streik, sind vielfältig. Die Angst, im Falle eines Streiks keine adäquate Betreuung gewährleisten zu können, ist verständlich aber falsch.

KlientInnen und PatientInnen sind Menschen mit teilweise anderen Bedürfnissen, aber auch mit vielen gleichen. Wenn KlientInnen nur über ihre Arbeitsfähigkeit definiert werden, erscheinen sie als weniger wert – und damit auch nicht als BündnispartnerInnen. Die Verantwortung für den Widerstand liegt bei jenen, die die Kürzungen durchführen. Der Widerstand – u.

a. Streiks – ist am erfolgreichsten durch die gleichberechtigte Zusammenarbeit von SozialarbeiterInnen und KlientInnen.

SozialarbeiterInnen sind nicht neutral. Sie müssen sich entscheiden, wo sie die Ursachen von Problemen sehen und, daraus ableitend, wo die Lösungen. Eine Gefahr besteht darin, die Gründe für die systemischen Probleme in anderen „Ursachen“ zu suchen. Wenn die Ursachen der Probleme von KlientInnen aber auch der Kürzungen als nicht systemisch betrachtet werden, dann bietet sich als „Lösung“ an, bei Kürzungen zu kompensieren. Damit sind SozialarbeiterInnen im Hamsterrad der Selbstausbeutung – und darauf setzt die Politik.

Während der Kapitalismus verrottet, nehmen die sozialen Probleme zu. Soziale Arbeit ist immer mit Widerstand verknüpft. SozialarbeiterInnen können Klassenbewusstsein stärken und fördern, sie können Teil im Kampf gegen das System sein. Tag für Tag müssen sie mit ansehen welche barbarischen Ausmaße der Kapitalismus annimmt. Kitten lassen sich diese im Rahmen des Systems nicht. Bekämpfen schon!

**Moritz Erkl**

# SLP-Programm genau erklärt:

**Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen**

gend, der die Krise Jobs und Perspektive nimmt? Die in der Gewissheit aufwächst, dass es ihr schlechter gehen wird als ihren Eltern? Quer durch Europa sparen die Herrschenden an der Bildung. Gleichzeitig wird

## Die Jugend braucht Bildung, Jobs, leistbare Wohnungen und Freiraum!

**zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang!**

Jugendunruhen sind mittlerweile in Europa fast schon Normalität – brennende Vorstädte prägen das Bild in London und Athen. Aber wer kann das einer Jugend vorwerfen, für die es im Kapitalismus keine Zukunft gibt? Einer Ju-

genburg versucht laufend über Hintertürchen die Studiengebühren wieder einzuführen. Das Sparpaket bedeutet, dass voraussichtlich in den nächsten Perioden auch Jugendzentren massiv angegriffen werden. Es ist notwendig, bestehende Einrichtungen zu verteidigen und für selbstverwaltete Jugendzentren ohne Konsum- und Profitorientierung zu kämpfen!

# Eine Partei, wie keine andere

**Die SPÖ hatte** an ihrem Höhepunkt 750.000 Mitglieder. Auch die ÖVP hat hunderttausende Menschen in ihren Vorfeldorganisationen organisiert. Doch es gibt eine große Gemeinsamkeit: die Mitglieder haben nichts mitzureden. Auch bei den anderen Parteien ist es genauso: wichtige Entscheidungen erfährt die Basis meist über die Medien. Beschlüsse von Mitgliederstrukturen – so es sie

überhaupt gibt – werden in der Praxis ignoriert.

**Bei der SLP ist das anders.** Die Mitgliedschaft kann nicht nur entscheiden, sie soll es auch. In den Ortsgruppen finden jede Woche Diskussionen statt. An beidem – Ortsgruppe und Diskussion – können und sollen alle Mitglieder teilnehmen. Gemeinsam wird die Position der Partei zu verschiedenen Fragen festgelegt. Führungs-

gremien wie Bundesvorstand und Bundesleitung sind nicht nur rechenschaftspflichtig, sondern können auch jederzeit abgewählt werden, wenn die Basis mit ihrer Arbeit nicht einverstanden ist. Die SLP ist anders als jede andere Partei – es gibt keinerlei Privilegien der FunktionärInnen und demokratische Strukturen sind auf allen Ebenen ein Grundprinzip.

## Jeder Tag ist Frauentag! Das CWI-Statement zum Frauentag ist auch nach dem 08.03. aktuell.

**70% der ärmsten** Milliarden Menschen sind Frauen. Durch Pflege zu Hause müssen Frauen Einsparungen wettmachen, die erschwerete Arbeitsplatzsituation macht eine unabhängige Existenz noch schwieriger. Doch von Tunis über Hongkong bis Athen kämpfen Frauen gegen den Abbau von Errungenschaften und für Gleichberechtigung – Seite an Seite mit ihren männlichen Kollegen. Das Frauentags-Statement des

CWI analysiert die Situation von Frauen in der Krise und betrachtet die Frauenbefreiung aus einer revolutionär-sozialistischen Perspektive. Denn nicht ohne Grund war es eine Frauendemonstration am 08.03.1917, die die Russische Revolution lostrat.

**Statement und Minibook:** 5 Euro überweisen und drei Monate VORWÄRTS & Broschüre mit der Post bekommen.



## Die SLP-Treffpunkte

### GMUNDEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Sonntag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Wiener Café'  
Esplanade Gmunden

### NIEDERÖSTERREICH

**unregelmäßige Treffen**  
Infos per E-Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### WIEN

**SLP-Jugendgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Amerlinghaus'  
7., Stiftgasse 8  
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
in der 'Pizzeria La Piazza'  
20., Gaussplatz 7  
Linie 31; Linie 5A

**SLP-Unigruppe**  
jeweils Donnerstag, 19<sup>30</sup> Uhr  
im 'Café Daun', Hinterzimmer  
8., Skodagasse 25  
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Donnerstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Gasthaus Zypresse'  
7., Westbahnstraße 35A  
U6 Burggasse; Linie 5

## Andere über uns



Law & Order propagieren und dann einen auf Datenschützer machen, hatte sich das BZÖ wohl leichter vorgestellt. AktivistInnen der SLP ließen die Vereinnahmung der Wiener Anti-ACTA-Demo durch das BZÖ nicht zu und brachten das orange Trüppchen mit Sprüchen wie „Ohne Telekom wärt gar nicht hier“ dazu, die Demo zu verlassen. Das YouTube-Video von der Aktion erreichte schnell mehr als 20 000 Views und schaffte es auf Heute.at.

## VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: Alles Inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



**VORWÄRTS Jetzt abonnieren: [www.slp.at](http://www.slp.at)**

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

# Arbeitslosigkeit gemeinsam bekämpfen!

*Nicht MigrantInnen, sondern die Regierung und die Bosse nehmen uns die Arbeitsplätze weg!*

**„Heimische Arbeitskräfte**

werden nach und nachersetzt!“ schreibt die FPÖ und meint damit nichts anderes als: „Ausländer tragen die Schuld an der hohen Arbeitslosenquote!“ Tatsächlich? Die Schuld für die steigende Arbeitslosigkeit wird gerne MigrantInnen in die Schuhe geschoben. Doch die Jobkiller sitzen in der Regierung, die

einen Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst plant, und in den Konzernen, die trotz Gewinnen Arbeitsplätze abbauen! Auch bauen inländische Konzerne nicht weniger Arbeitsstellen als ausländische. Gleichzeitig behauptet die FPÖ regelmäßig, MigrantInnen würden größtenteils auf Kosten des Staates leben und nicht arbeiten. Super! Wenn Mi-

grantInnen nicht arbeiten, gibt es doch haufenweise Arbeitsplätze, oder...? Die Argumentation der FPÖ widerspricht sich selbst. Da hilft nur noch, falsche Zahlen zu verbreiten.

**Fakt ist:** Ende Februar 2012 waren beim AMS 310.064 Arbeitslose registriert. Das ist ein Anstieg von 6,1% im Vergleich zum Vorjahr.

Der Kampf gegen die steigende Arbeitslosenquote ist ein Kampf, den ArbeiterInnen und Arbeitslose mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam austragen müssen. Eine reale Chance auf Erfolg gibt es nur, wenn wir uns gemeinsam gegen Sparmaßnahmen und rassistische Hetze wehren.

**Max Grois**

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

